CoronaUpd_17 Kapitel 22: Anti-Rechts, Weltoffenheit, Europa und Internationales

Gremium:	Kreisvorstand
Beschlussdatum:	24.05.2020

Text

Auch in Köln setzen rechte Populist*innen und Faschist*innen unsere Gesellschaft zunehmend unter Druck. Sie versuchen, die Grenzen der „politischen Korrektheit“ unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit zu verschieben. Nicht nur im Internet, sondern auch in der analogen Welt beleidigen, bedrohen und greifen sie Menschen aufgrund ihres Engagements, ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres Geschlechts an. Auch vor Mord schrecken rechte Extremist*innen nicht zurück. Köln hat als weltoffene Metropole im Herzen Europas eine besondere Verantwortung, sich dem entschieden zu widersetzen, soziale Verantwortung zu übernehmen und sich global gesehen für Menschenrechte und Klimagerechtigkeit einzusetzen.

> Kassel, Halle, Hanau und auch Thüringen machen deutlich: trotz vieler Initiativen und Fortschritte hin zu einer bunten weltoffenen Bundesrepublik dürfen wir nicht nachlassen, sondern müssen weiterarbeiten für eine demokratische und wirklich integrative Gesellschaft, in der die Grund- und Menschenrechte für alle gesichert werden. Dafür benötigen wir vorbildliche Projekte wie das "Kölner Initiativenhaus für Menschenrechte und Demokratie" in der sich Nichtregierungsorganisationen vernetzen können und Räume geschaffen werden in der Demokratie mit allen Menschen diskutiert werden kann. Die Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Rechtsradikalismus und der darin zum Ausdruck kommenden Demokratiefeindlichkeit, und auch die Aufdeckung rechter Netzwerke ist für uns zentral.

> Auch rechten und nationalistischen vermeintlichen „Freunden des Grundgesetzes“ und Verschwörungstheoretikern setzen wir deutlich unsere Ideen von Weltoffenheit und Solidarität gegenüber.

> Deutschland hat bei der internationalen Zusammenarbeit, neben anderen Ländern, wie den Niederlanden und Österreich, während der Corona-Krise nicht das allerbeste Bild abgegeben. Eine der Lehren aus dieser Zeit ist, dass wir die internationale Kooperation auf kommunaler Ebene als Präventionsmaßnahme gegen Nationalismus, Chauvinismus und Fremdenfeindlichkeit verstärken müssen. Aber auch, weil wir nicht nur im Gesundheitswesen sondern auch beim Klimaschutz, bei der Verkehrswende und in der Stadtentwicklung eine globale Verantwortung haben und voneinander lernen und profitieren können.

Unsere Grüne Vision für Köln

Wir wollen ...

- uns als demokratische Anti-Faschist*innen und im Bewusstsein unserer historischen Verantwortung, weiterhin entschieden für Freiheit, Gleichheit, Zusammenhalt und die Achtung und den Schutz der Würde jedes

Menschen einsetzen. Wir wehren uns daher gegen die Normalisierungsversuche der Neuen Rechten.

- analysieren, aufklären und informieren über die Methoden und Praktiken rechter Gruppen und Parteien
- auf die Herausforderungen unserer Zeit nicht mit Fatalismus, dumpfen Parolen, Hass und Hetze reagieren, sondern wollen mit Mut, Zuversicht und Vertrauen unser gesellschaftliches Zusammenleben gestalten.
- eine Stadt, in der sich Kölner*innen weiter für ein friedliches Zusammenleben und gegen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einsetzen.
- dem Anspruch Kölns als weltoffene Stadt durch internationale Vernetzung und weitere Beteiligung insbesondere an europäischen, aber auch internationalen Projekten, gerecht werden.
- uns bei unseren internationalen Städtepartnerschaften und auf europäischer Ebene für Nachhaltigkeit und das Recht aller Menschen in Würde zu leben einsetzen.

Unsere Grünen Erfolge in Köln

Wir haben ...

- erreicht, dass die Stadt Köln keine städtischen Räume für Veranstaltungen zur Verfügung stellt, bei denen rassistisches, sexistisches, antisemitisches, antidemokratisches, gewaltverherrlichendes oder anderes menschenfeindliches Gedankengut dargestellt oder verbreitet wird.
- dafür gesorgt, dass der Rat sich gegen eine Normalität im Umgang mit Rechtsextremismus und die Möglichkeit der Inszenierung von rechtsextremen und rechtspopulistischen Gruppen einsetzt und sich gegen jede Form des Antisemitismus ausgesprochen hat.Alle demokratischen Kräfte stehen

zusammen gegen rechte Initiativen, rechtes Gedankengut, Beleidigungen, Vorstöße

- organisiert, dass sich alle Demokrat*innen im Rat gemeinsam solidarisch gegen rechte (Mord)Drohungen und Einschüchterungen wehren und ausgesprochen haben
- dazu beigetragen, dass die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, sowie das NS-Dokumentationszentrum Köln zu einem Haus der Demokratie erweitert, sowie besser ausgestattet wurden.
- den fairen Handel, u. a. mit der „Fair Trade Night“ und neuen Maßnahmen zur fairen Beschaffung, gestärkt – wofür Köln mit dem Titel „Hauptstadt des fairen Handels“ ausgezeichnet wurde.
- die Zusammenarbeit in den lokalen europäischen Netzwerken, wie dem Klima-Bündnis, Eurocities oder dem Rat der Gemeinden und Regionen Europas wieder verstärkt.
- gemeinsame Projekte wie „Grow Smarter“ und „Smart Cities“ federführend mit anderen Partnern in Europa vorangetrieben.
- bei unseren Städtepartnerschaften Gruppen, die in der Menschenrechtsarbeit tätig sind und demokratische Initiativen mit Maßnahmen, Besuchen, Einladungen und finanziellen Mitteln unterstützt und uns deutlich gegen Ausgrenzung und für die Einhaltung der Menschenrechte eingesetzt.

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden …

- uns dafür einsetzen, dass Rat und Verwaltung weiter entschieden gegen alte und neue rechte Strukturen in Köln vorgehen und Kommunen sich zum Umgang mit rechten Parteien und deren Propaganda austauschen.
- das Führungspersonal der Stadtverwaltung zu regelmäßigen Schulungen verpflichten, in denen sie sich mit allen Formen der gruppenbezogenen

Menschenfeindlichkeit, wie Rassismus oder Antisemitismus auseinandersetzen.

- uns für die Realisierung des längst überfälligen Mahnmals in der Keupstraße in Köln-Mülheim zum Gedenken an die Opfer rechter Gewalt einsetzen.
- uns gegen Rassismus in der Kölner Gesellschaft einsetzen und dafür Projekte finanzieren.
- weiterhin die dauerhafte Regelfinanzierung des NS-Dokumentationszentrums und der angeschlossenen Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus sicherstellen.
- regelmäßige (Wander-)Ausstellungen zum Thema Nationalsozialismus und Faschismus fördern und finanzieren.
- schnellstmöglich eine tragfähige Lösung für den Erhalt des Autonomen Zentrums (AZ) in Köln realisieren, wobei ein Standort u. a. die folgenden Kriterien erfüllen soll: eine dauerhafte, mietkostenfreie Lösung, z. B. in Form eines städtischen Grundstücks, gute Erreichbarkeit, wie z. B. durch eine gute ÖPNV-Anbindung, ein ähnliches Raumangebot wie am aktuellen Standort, d. h. mehrere Räume, die unterschiedlich genutzt werden können
- bis ein adäquater Alternativstandort gefunden ist, dem AZ Bestandsschutz in den aktuellen Räumlichkeiten in der Luxemburger Straße 93 gewährleisten.
- ein geschlossenes Agieren der vielen Initiativen gegen Rechts in Köln fördern und weiterhin im Bündnis „Köln stellt sich quer“ aktiv bleiben.
- uns für den Erhalt sowie Schaffung weiterer selbstverwalteter und nicht-kommerzieller Räume zivilgesellschaftlichen Engagements in Köln einsetzen.
- Initiativen, Nichtregierungsorganisationen und Vereine, die sich konstruktiv für die Demokratie einsetzen, unterstützen.
- eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara abschließen und dazu in Zusammenarbeit mit den afrikanischen Gruppen in Köln diesen Prozess begleiten.
- den internationalen Austausch mit LGBTTIQ*-Gruppen in unseren Partnerstädten weiter fördern.
- den Ansatz eines intersektionalen Feminismus unterstützen, der anerkennt, dass Diskriminierung mehrfach erlebt werden kann.
- die kommunale Daseinsvorsorge auf europäischer Ebene prioritär diskutieren und Lösungen entwickeln, damit die damit verbundenen Aufgaben weiterhin in kommunaler Hand bleiben und nicht von rein marktwirtschaftlichen Interessen bestimmt werden.
- den gegenseitigen Austausch von Freiwilligen in Kooperation mit Projekten des fairen Handels, der Demokratieförderung und der Menschenrechtsarbeit

und gemeinsame Handlungsprogramme beim Klimaschutz und Schulpartnerschaften ausbauen.